

Wertschätzung sieht anders aus



Bei der Tagung der Regierungsbezirksverbände Nord- und Südbaden:

(v.l.n.r.) Oliver Hintzen, Norbert Hinz, Andrea Friedrich, Kai Rosenberger, Franziska Gramlich und Josef Klein

Foto: Peter Ludwig

Die Regierungsbezirksverbände Nordbaden und Südbaden im Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) halten seit Jahren ihre Jahrestagungen gemeinsam im Bereich Offenburg ab. Als VBE-Delegierte nahmen aus Nordbaden Oliver Hintzen, Andrea Friedrich und Franziska Gramlich teil. Südbaden war durch Norbert Hinz und Josef Klein vertreten. Referent war der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger, der in seiner Ansprache einen par-force-Ritt durch die anstehenden aktuellen Themen hinlegte. Am meisten frustrierte ihn, dass das Land Baden-Württemberg im Nachtragshaushalt 2018 für den öffentlichen Dienst fast nichts übrig habe. „Es kann doch nicht sein, dass der öffentliche Dienst in Zeiten schlechter Konjunktur als erster zur Kasse gebeten wird, und wenn die Steuerquellen sprudeln, dann werden andere Wohltätigkeiten vor die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes gestellt“, schimpfte der Vorsitzende. Seit 2013 werden die Beamten bei der Beihilfe stark benachteiligt, fünf Jahre hintereinander mussten sie unter grün-roter Regierung weitere deutliche Verschlechterungen hinnehmen.

Bei den Angestellten sei schon jetzt zu erkennen, dass die Tarifrunde 2019 im TV-L schwierig wird. Mitnichten zeigten sich die Arbeitgeber bereit, das im TVöD (Bund, Kommunen) Anfang 2018 ausgehandelte Volumen von 7,5 Prozent auf den TV-L (Land) zu übertragen. Rosenberger: „Inzwischen gibt es vom TVöD zum TV-L einen Unterschied von 10,4 Prozent. Das kann so nicht weitergehen!“

Weitere Ungereimtheiten in Arbeitszeit, Besoldung und Beihilfe wurden thematisiert, sowohl innerhalb unseres Bundeslandes, als auch im Vergleich mit anderen Bundesländern. Die Versammelten waren sich deshalb einig, dass das Land / die Länder in der kommenden Tarifrunde bei den Angestellten „liefern“ muss / müssen. Die Beamten sind aufgerufen, die geplanten Demonstrationen so gut wie möglich solidarisch zu unterstützen, da der BBW darauf drängt, die Ergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. In Zeiten, in denen die Arbeitgeber das Wort „Wertschätzung“ nur buchstabieren, aber nicht untermauern wollen, gilt es für den öffentlichen Dienst zusammenzustehen. „Gemeinsam sind wir stark“, heißt das Motto für 2019.